

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 11/40. Jahrgang

November 2009

Schutzgebühr: 0.30 E

Landesgartenschau

Am 19.11.2009 werden die Stadtverordneten über den Antrag der Linksfraktion, die Landesgartenschau abzusagen, abstimmen.

Vermutlich wird jedoch die Koalition aus CDU, Grüne und FDP ihr Prestige-Objekt durchziehen – allen Widerständen und Finanzlöchern zum Trotz. Immer wieder wird davor gewarnt, dass unsere Stadt Gießen als in Hessen am zweithöchsten verschuldete Stadt (pro Kopf) sich das Millionenprojekt Landesgartenschau an den ausgetrockneten Hals hängt.

Der frühere Kämmerer, Dr. Kölb, warnte schon bei der Einbringung des Haushaltes am 13.11.2008 vor den finanziellen Folgen dieser blumigen Schau. Er wies zu Recht auf ungeahnte Haushaltsrisiken hin.

Nicht nur, dass bei sozialen Aufgaben im Gegensatz zur Verschwendung bei Rathaus und Landesgartenschau gespart werden soll: Auch die soziale

Ausgrenzung des Sports wird vorangetrieben.

Über den Fußballverein Blau-Weiß als Opfer der geplanten Gießener Mammutschau haben wir geschrieben.

Unter der möglichen Sperrung des Blau-Weiß-Sportplatzes leidet ebenso die Ricarda-Huch-Schule, wie anlässlich der Überreichung der Urkunden für den Sportabzeichenwettbewerb deutlich wurde.

Im übrigen sind von den „Blühenden Plänen“ auch der LGV-Marathon mit seinem Frühjahrslauf (ca. 700 Teilnehmer, darunter 200 bis 300 Kinder beim größten mittelhessischen Kinderlauf) und die Sportgemeinschaft LAZ Giessen mit ihrem Volkslauf im Oktober betroffen.

Michael Beltz

Nach dem "Haushaltskonsolidierungskonzept" sollen u.a. auch die sog. freiwilligen Leistungen auf den Prüfstand. Vorgesehen sind z.B. Kürzungen bei den Zuschüssen für Ali, AWO und DRK; die Sportförderung - wem wundert's? - soll um 42.000 E gekürzt werden. Aber die 20 Millionen E für die Landesgartenschau stehen!

Inhalt:

Quo vadis, Linke?/Philosophenwald	S.2
Feldbefreier-Prozeß/PC-Schnüffelei	S.3
Hartz-IV vor Gericht/Erziehungstarife	S.4
Kapitalismus... gesundes System?	S.5
A.Kaisers 90./Obamas Frieden/Desertec	S.6
Leserbriefe/Solidarität mit Mumia	S.7
9. Nov. 2009/9. Nov. 1989/Termine	S.8



Für Frieden und Sozialismus! DKP

Quo vadis, Linke?

Sozialdemokratisierung auf Raten?

Ein Parteiprogramm hat die Partei die Linke (PDL) noch nicht – aber sie hat richtige fundamentale Forderungen zur Bundestagswahl vertreten, die ihr ein beachtliches Stimmenergebnis brachten. Eine ihrer Hauptforderungen, die auch von der breiten Mehrheit unterstützt wird, war die nach sofortigem Abzug deutscher Soldaten aus Afghanistan. Das hat Bodo Ramelow, MdB und verhindertem Ministerpräsident in Thüringen, gründlich revidiert. „Uns geht es nicht um einen sofortigen Abzug,“ sagte er der Springer-Presse und fügte hinzu: „Das wäre wie eine Flucht damals aus Vietnam.“ Das hat es in sich. Nicht nur, daß er nur noch für einen Abzug irgendwann plädiert und damit das Elend und Sterben andauern lassen will. Mit seinem Vergleich mit Vietnam hat er sich eindeutig auf die Seite des kriegsverbrecherischen US-Imperialismus gestellt. Hätten nach seiner Ansicht die Amis länger in Vietnam bleiben sollen nach 2 Millionen getöteter Vietnamesen und unzähligen Napalm- und Agent-orange-Opfern? Damit hat Ramelow die bisherige konsequente Ablehnung aller Kriegseinsätze durch

die PDL aufgegeben und sich der SPD angedient (die es mit Schröder geschafft hat, daß Deutschland wieder Kriege führt).

Auch Gysi sendet in diese Richtung. In Bezug auf Opel wandte er sich bereits im Frühjahr gegen Verstaatlichung: „Gegen das Staatseigentum bei der Industrie und bei Dienstleistern spricht nicht nur die Erfahrung aus der DDR, sondern auch in der BRD.“ Also ist er für die Privatisierung von Post, Telekom, Bahn...?? Nach der Bundestagswahl wurde Gysi in der FAZ-Sonntagszeitung noch präziser. Er bezeichnete die Verstaatlichung von Großbetrieben als eine "Position aus der sozialistischen Mottenkiste" und die Forderung nach 30-Stunden-Woche als "illusionär". Ist die Forderung nach Aufhebung der Rente mit 67 auch "illusionär"??

Ein Parteiprogramm hat die PDL, wie gesagt, noch nicht. Die Bandbreite unterschiedlicher Vorstellungen ist groß. Man kann durchaus davon ausgehen, daß spätestens zur nächsten Bundestagswahl die Kompatibilität von PDL und SPD gegeben sein wird. Jetzt (in voller Härte nach der Wahl im

Wie Schröder Kanzler wurde

Albrecht Müller, Leiter der Planungsabteilung im Bundeskanzleramt bei W. Brandt und H. Schmidt, MdB von 1987 bis 1994: „Noch vor ihrer Wahl zum Bundes- und zum Vizekanzler wurden Gerhard Schröder und Joschka Fischer im Oktober 1998 auf Drängen von US-Präsident Bill Clinton darauf verpflichtet, bei einer möglichen militärischen Intervention in Serbien/Kosovo mitzumachen. Das Ziel im Hintergrund war Insidern schon damals klar: Es kam den USA, der Nato und den damit verbundenen hiesigen Kräften darauf an, daß die Deutschen endlich ihren Widerstand gegen den Einsatz der Bundeswehr und der Nato außerhalb des Nato-Bereichs aufgeben.“ (aus seinem Buch: „Meinungsmacher“, Droemer Verlag '09)

Mai 2010 in NRW) wird die schwarzgelbe Koalition ihre asozialen, arbeitsrechtlichen und militaristischen Grausamkeiten abarbeiten. 2013 wird dann vermutlich zur Besänftigung wieder als „Hoffnungsträger“ eine sozialdemokratische Regierung opportun sein. Die wird dann die Politik der Herrschenden auf ihre Weise (s. Schröder) fortsetzen, aber der demokratische Schein wird gewahrt. Erika Beltz

Landesgartenschau contra Philisophenwald:

Es steht ein Baum im Odenwald

Aus dieser Liedzeile wird irrtümlich geschlossen, dass der Odenwald der kleinste Wald Deutschlands sei. Die Stadt Gießen will nun diesen Titel für den Philisophenwald erkämpfen. Jahrelang passierte dort trotz Stürmen und Baumbruch gar nichts, nun plötzlich ist höchste Geschäftigkeit angesagt. Die Stadt überrumpelt die Bürger mit dem Fällen der Bäume und Befestigen oder Sperren von Wegen. Im September lud sie mit Wurfesendung einige Bürger zur Vorstellung eines fertigen Waldkonzeptes ein. Obwohl das Vorgestellte für die Menschen gänzlich neu war, gewann die Stadt sogleich den Eindruck allgemeiner Zustimmung. Als die Bürger hunderte kritische Unterschriften sammelten - und die Aktion geht weiter - schritt man in den Herbstferien rasch zum Fällen der Bäume und zur Verödung von Wegen. Fragt man nach einem Zusammenhang mit der geplanten Landesgartenschau, reagieren die städtischen Vertreter mürrisch, aber mit energischem Schütteln des Kopfes. Glaubwürdig ist das nicht. Wenn die Spazierwege an der Wiesseckau durch Eintritt, Massenbesuche und Wegezwang für Erholung suchende Bürger entfallen, speziell auch für die Bewohner des Seniorenzentrums am Tannenweg, muss man diesen ja irgendetwas als Alternative bieten. Die Wiesseckau ist aber keine Brache, die es erst den Menschen nutzbar zu machen gilt, sondern ein Volkspark für Wanderer, Sportler, Studierende, Kinder, Senioren und Vogelfreunde. Die Menschen in London jedenfalls würden es sich verbitten, wenn man ihren Hyde-Park zum Ziergarten umwidmen würde. Schaut man sich den Gießener Marktplatz mit seinem gelungenen „italienischen Flair“ an, kann man nur wünschen, dass diesmal die bürgerfeindlichen Pläne gestoppt werden.

Fiete Krümel



Wir bitten um Spenden,
jeder Euro ist willkommen

Gießener Echo

Konto Nr. 193070,
BLZ 51350025,
Sparkasse Gießen



DKP in der Nordstadt

Auf reges Interesse stieß der Infostand der DKP in der Gießener Nordstadt. Viele Passanten nutzten die Gelegenheit, mit Genossen der DKP zu diskutieren und sich über Standpunkte der DKP zu informieren. Das Gießener Echo wurde interessiert entgegen genommen.

Kindergelderhöhung?

Nur wer hat, dem wird gegeben.

Die neue Bundesregierung plant, das Kindergeld um 20 Euro zu erhöhen. Wer ALG II bezieht, bekommt diese Erhöhung komplett angerechnet und dadurch keinen Cent mehr. So sieht die neue Regierung soziale Gerechtigkeit: Umverteilung zugunsten der Reichen auch im kleinen Beispiel des Kindergeldes. K.S.



Arbeit mit Schwerbehinderten unterbezahlt

Zur Betreuung von Kindern mit schweren geistigen und psychischen Erkrankungen werden in Gießen zur Integrationsbegleitung in Förderschulen Mitarbeiter gesucht. Jedoch ist die Bezahlung völlig unzureichend. So soll z.B. die Betreuung von Kindern mit Autismus mit der TvÖD Entgeltgruppe 6 bezahlt werden, für die wichtige und anstrengende Arbeit ein Hohn. TvÖD 6 bedeutet in der Eingangsstufe bei Vollzeit und Lohnsteuerklasse 1 weniger als 1300 E netto. Die DKP fordert, daß die gesellschaftlich wichtige Arbeit mit dem Ziel der Integration geistig und psychisch behinderter Menschen entsprechend gut bezahlt werden muß. K.S.

Bei Lehrern soll geschnüffelt werden

Wenn Lehrer Zeugnisse oder irgendwelche sinnvolle oder sinnlose Berichte zu schreiben haben, sitzen sie meist am PC und benutzen die Namen ihrer Schüler. Da der Arbeitsplatz selten wegen mangelnder Ausstattung mit PCs in der Schule sein kann, arbeiten die Lehrer zu Hause. - Nun soll von den Lehrern eine Unterschrift verlangt werden. Diese soll den Hessischen Datenschutzbeauftragten ermächtigen, ohne Vorankündigung zu jeder Zeit, in die Privatwohnung eines Lehrers Eintritt verlangen zu können. Er hätte dann die Aufgabe, den privaten PC in der Richtung zu durchforschen, ob und wie personenbezogene Daten der Schule verarbeitet werden.

Wer nun diese Erklärung nicht unterschreibt?

Harald Freiling, Rechtsberater und Herausgeber der hessischen Lehrerzeitung HLZ: „Wir gehen schlicht davon aus, dass diejenigen, die die Erklärung nicht abgeben, keine personenbezogenen Daten bearbeiten.“ M.B.

Gesinnungsurteil gegen Feldbefreier

6 Monate Gefängnis ohne Bewährung für Jörg Bergstedt, 4 Monate mit Bewährung für Patrick Neuhaus – das war das Urteil im Prozeß gegen die beiden aktiven Gentechnikgegner. Sie hatten 2005 ein Versuchsfeld mit genmanipulierter Gerste gestürmt, dabei ein paar Zäune umgerissen und einige Pflanzen herausgerissen und zertrampelt. Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung heißt das juristisch. In ihrer Verteidigung hatten sich die beiden Angeklagten auf einen übergesetzlichen Notstand (§34 Strafgesetzbuch) berufen. Die mit dem Versuch verbundenen Gefahren, vor allem die unkontrollierte Verbreitung der veränderten Gene in die Umwelt, waren nicht anders zu bekämpfen. In umfangreichen Beweisanträgen hatten sie versucht, zu beweisen, daß die Durchführung des Versuchs nicht dem genehmigten Antrag entsprach und Genehmigungsaufgaben nicht eingehalten wurden. Offensichtlich gibt es bei Gentechnik-Versuchen keine wirksame sachkundige Aufsicht und erst recht keine

unabhängige Stelle, die alles überprüft. Die Beweisanträge wurden allesamt vom Gericht abgelehnt. Bei der Urteilsverkündung räumte der Richter, Dr. J. Nink, die Gefahren der Gentechnik durchaus ein. Er lehnte die Gegenwehr aber als „Selbstjustiz“ ab und sagte, solche Aktionen seien zur Gefahrenabwehr ungeeignet. Der Geist sei eh schon aus der Flasche und durch Zerstörung eines einzelnen Genfeldes nicht wieder einzufangen.

Vor allem kreidete er Jörg Bergstedt an, daß dieser sich als „Berufsrevolutionär“ verstehe. Bei solchen Aktionen ginge es ihm nur vordergründig um die Gentechnik, tatsächlich wolle er die Gesellschaft verändern. Er strebe nach eigenen Aussagen eine herrschaftsfreie Gesellschaft an, und dagegen müsse die Justiz einschreiten. Im Grundgesetz steht allerdings nichts davon, daß eine herrschaftsfreie Gesellschaft verboten ist. Ganz im Gegenteil: „Alle Gewalt geht vom Volke aus,“ heißt es dort. Gernot Linhart

Hartz IV vorm Verfassungsgericht

Seit der Einführung der Hartz-IV-Regelungen vor fast 5 Jahren gibt es vor allem für Kinder viel zu wenig Geld. Die damalige SPD/Grüne-Regierung hielt es nicht für notwendig, zu ermitteln, wieviel Geld ein Kind für eine menschenwürdige Existenz braucht. Willkürlich wurde festgelegt: für Kinder bis 6 Jahren reichen 60%, für Kinder von 6 bis 14 Jahren 70% des Satzes für Erwachsene – der eh schon viel zu knapp ist. Daß Kinder wachsen und deswegen öfter mal neue Kleidung und Schuhe brauchen, wußte im Ministerium wohl niemand. Vieles, was zu einem normalen Kinderleben gehört ist für Hartz-IV-Kinder nicht vorgesehen. Proteste von Betroffenen und von verschiedenen Sozialverbänden und der Hinweis darauf, daß die Regelung deutlich schlechter ist als die frühere Sozialhilfe, half all die Jahre nichts.

Erst die Klage betroffener Eltern vor Sozialgerichten brachte etwas in Bewegung, jetzt befaßt sich das Bundesverfassungsgericht mit dem Thema. Die Anhörung der Vertreter der Kläger und verschiedener Experten haben stattgefunden. Es soll aber noch einige Monate dauern, bis ein Urteil gesprochen wird – weitere Monate mit viel zu wenig Geld für die Kinder. Die schwarz/gelbe Koalition denkt natürlich nicht daran, an der miesen Situation der Kinder etwas zu ändern und von sich aus die Sätze anzuheben. Nur für Kinder steuerzahlender Eltern gibt es etwas, für sie wird der Grundfreibetrag an den der Erwachsenen angeglichen. Da wäre es doch eigentlich selbstverständlich, auch die Hartz-IV-Sätze entsprechend anzugleichen. Großzügiger geht die Koalition mit Menschen um, die - früher mal gut verdient - etwas fürs Alter zurückgelegt haben und dann in Hartz IV geraten. Für sie wird das sogenannte Schonvermögen von 250 Euro auf 750 Euro pro Lebensjahr erhöht. Das gilt allerdings nur für Geld, das in Lebensversicherungen oder nach ähnlichen Verträgen bis zum 60. Lebensjahr festgelegt ist. Betroffen sind davon gerade mal 0,1% der Hartz-IV-Bezieher.

Die einzige richtige Lösung – weg mit Hartz IV – ist vom Verfassungsgericht nicht zu erwarten. Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe muß wieder rückgängig gemacht werden. Ein Armut verhinderndes, schikanefreies Einkommen kann nur durch solidarischen politischen Kampf erreicht werden.

Gernot Linhart



Tarif für Sozial- und Erziehungsdienst jetzt in Kraft

Eine Nachbetrachtung: Erreicht wurde kaum etwas. Die Einkommen wurden hauptsächlich dadurch erhöht, indem die mit Einführung des TvöD vorgenommenen Kürzungen wieder zurückgenommen wurden. Verlängert wurde nochmals die Aufstiegsmöglichkeit innerhalb der jeweiligen Einkommensstufe, d.h. in Zukunft dauert es noch zwei Jahre länger, um die Endstufe zu erreichen. Wechselt man die Stelle, fängt man - fast wie ein Berufsanfänger bezahlt - wieder von vorne an.

Völlig falsch ist die Aufsplitterung in die Merkmale „entsprechende Tätigkeiten“ und „schwierige Tätigkeiten“. Es wird in vielen Betrieben ein aussichtsloses Bemühen der Beschäftigten bleiben, zu überzeugen, dass sie schwierige Tätigkeiten ausüben. Als wären Sozialarbeiter nicht grundsätzlich mit schwierigen Tätigkeiten befasst! Und selbst diese unzureichende Festschreibung bedeutet nochmals eine Verschlechterung gegenüber dem ehemaligen BAT: da wurde die schwierige Tätigkeit noch besser bezahlt, als es der jetzige Abschluss vorsieht. Völlig unverständlich erscheint der Abschluss, wenn man zur Kenntnis nimmt, dass gerade in den Kindertagesstätten der Streik von einer breiten Öffentlichkeit unterstützt wurde. Auch die Sympathie der Eltern war auf Seiten der Erzieher; und beim Arbeitgeberverband bestanden große Befürchtungen, der Streik in den Kitas könne nach den Sommerferien fortgesetzt werden. Die letztgenannten Punkte sind alles Einschätzungen der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (s. Tarifinfo der VKA vom 29.7.09). Hier wurden von Seiten der Gewerkschaft die Möglichkeiten nicht ausgeschöpft.

Selbst der Termin, an dem der Tarifver-

trag in Kraft tritt, ist zumindest unglücklich, werden doch durch tarifliche Sonderzahlungen die tatsächlichen Einkommen im Monat November für viele nicht sofort wahrnehmbar.

Das mangelnde Bewusstsein der Sozialarbeiter soll dabei nicht verschwiegen werden. Sie sehen sich oft nicht als die abhängig Beschäftigten, die sie tatsächlich sind; und in der weiblich dominierten Tradition der helfenden Berufe wurde schon immer die entsprechende Anerkennung und Vergütung gegenüber den „männlichen“ Tätigkeiten verwehrt.

Als letztes ist dieser Abschluß auch ganz klar Ergebnis der langen Beschäftigungskrise, die wir haben. Das Kapital braucht für seine Verwertung Millionen von Menschen nicht mehr, warum soll es dann noch Finanzen bereithalten, die der gesellschaftlichen Integration, Emanzipation sowie Partizipation von Randgruppen und/oder Menschen in Krisensituationen dienen.

Dafür werden Zwangsmaßnahmen wie Hartz IV geschaffen und ein Durchfinanzieren auf niedrigstem Niveau praktiziert. Notwendig ist es jedoch, den Kampf um die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums gegen die Sichtweise der Herrschenden zu führen, für die die Kosten, die soziale Arbeit nun mal mit sich bringt, letztendlich im Rahmen der Profitmaximierung nur noch Standortnachteile darstellen.

In diesem Sinne wird es statt Aufwertung der Sozialarbeit weitere Propagierung der ehrenamtlichen - sprich unentgeltlichen und unqualifizierten - Sozialarbeit geben. Erzieherinnen und Sozialarbeiterinnen, arbeitet in Zukunft so, wie Eure Arbeit wertgeschätzt und bezahlt wird!

K.S., Betriebsratsvorsitzender eines freien Trägers

Kapitalismus: „systemische Verwerfungen“ - gesundes System?

Josef Ackermann, Chef der Deutschen Bank, sagt: „Wenn Verwerfungen systemisches Ausmaß annehmen, ist eine systemische Antwort von Staat und Zentralbanken erforderlich.“ „Systemimmunität“, „Systemrelevanz“, „Systemische Krise“ sollte von der Gesellschaft für deutsche Sprache zum „Unwort des Jahres“ gekürt werden. „Systemisch“ soll heißen: Der Zusammenbruch jeglicher Bank, und wenn auch noch so selbstverschuldet, muss wegen der Gefährdung des gesamten Finanzsystems vom Steuerzahler verhindert werden. So wird die Vergesellschaftung privater Verluste vom Finanzkapital erpresst. Dies die Wirkung der angeblichen systemischen Krise zumeinen. Zum anderen soll „systemisch“ besagen, dass einzelne Banker dem ansich kerngesunden kapitalistischen System schweren Schaden zufügten, durch mangelnden Anstand (Bundespräsident Köhler), durch unethisches Handeln (so der erfolgreiche Banker und Laienprediger Stephen Geer), durch exzessiven Kapitalismus (der ehemalige Weltbank-Chef Wolfensohn), durch sündiges Treiben (Bischof Walter Mixa). Bleibt also nur, das Finanzmonster zähmen (Köhler), einen ethischen Kapitalismus schaffen (Geer), die Exzesse zurückfahren (Wol-

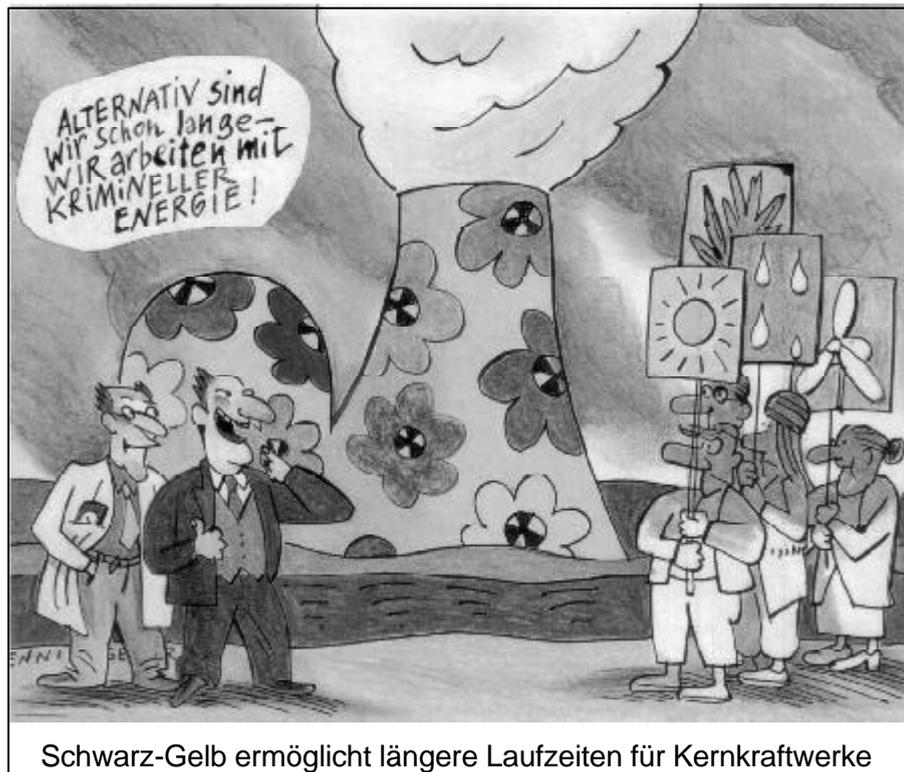
fensohn) und auf die Vergebung der Sünden hoffen (Mixa). Schließlich sind wir allzumal Sünder. Und so können die Herrschenden mit Wilhelm Buschs Frommer Helene ausrufen: „Ja, das will ich aber nun - auch ganz gewiss nicht wieder tun.“ Und wie Helene sündigen sie wei-

Hier erfährt man, wie Banken unbefriedigende Renditen mit zunehmend abenteuerlichen Mitteln zu dopen versuchen. Die profitable Verwertung des den Banken anvertrauten Kapitals, seine ständige Vermehrung, erzwingt immer riskantere Spekulationsgeschäfte. Hier sei nur die „Fristentransformation“ genannt. Die HRE finanzierte langfristig vergebene Darlehen mit kurzfristigen Krediten, die geringere Zinsen kosten, als langfristige erbringen. Das geht solange gut, wie die Wette auf den Erhalt dieser Zinsdifferenz aufgeht. Roth: „Das Vorgehen ist vergleichbar einer Luftfahrtgesellschaft, die Flugzeuge zu Zielen in 10.000 km Entfernung starten, aber nur für 500 km tanken lässt und darauf hofft, nach 500 km von irgendwem betankt zu werden.“ Bei der HRE ging das



ter, denn „es gibt keine Alternative zum Kapitalismus. Er gehört zum Urinstinkt des Menschen“ (Stephen Geer). Wer lernen möchte, was führende deutsche Ökonomen zur Verhinderung der nächsten Krise sagen, kann sich jetzt in Gießen bei renommierten Experten kundig machen. 1) Sodann hat der Frankfurter Sozialwissenschaftler Rainer Roth eine Broschüre vorgelegt, die es nach fundierter Analyse nicht bei den hierzulande üblichen „alternativen Lösungen“ belässt.2)

bekanntlich daneben, die Bank wurde verstaatlicht. Verstaatlichung bedeutet, der Einlagensicherungsfonds der Banken zahlt nichts, der Staat als Eigentümer trägt die Verluste allein. Zum einen erpressen die Banken mit dem angekündigten Weltuntergang Staat und Gesellschaft. Zum anderen wird im Laufe der Entwicklung der wirkliche Zusammenbruch des Finanzsystems tatsächlich wahrscheinlicher. Die Wirtschaft produziert einen chronischen Kapitalüberschuss, der auch vom gefräßigsten Finanzsystem nicht zu verdauen ist. Roth: „Wenn das Kapital nur mit staatlichen Krücken laufen kann, hat es sich überlebt. Wenn das Privatkapital nicht mehr auf private Rechnung, sondern auf Rechnung der ganzen Gesellschaft arbeitet, zeigt es, dass es historisch überholt ist.“ Staatliche Rettungspakete sollen das Problem in die Zukunft verlagern. „Systemische Antworten“ sollen den Untergang des Systems hinausschieben - in die nächste größere Krise. Nach uns die Sintflut. Klaus Mewes



Schwarz-Gelb ermöglicht längere Laufzeiten für Kernkraftwerke

1) Vortragsreihe der Justus-Liebig-Universität zur Finanzkrise. Jeweils vierzehntägig montags 19.15 Uhr in der Universitätsaula (Ludwigstr. 23) Eröffnung der Reihe am 2. November von Prof. Martin Hellwig, Bonn: Systemische Risiken im Finanzsektor. Zu den Ursachen der Finanzkrise.
2) Rainer Roth: Verstaatlichung der Hypo Real Estate: Die Verhinderung des Weltuntergangs. Sept. 2009. Bestellung der Broschüre gegen eine Spende (mind. 1 Euro) plus Versandkosten über info@klartext.info

Unserem Genossen
Anton Kaiser

zum **90. Geburtstag**
herzliche Glückwünsche

Anton ist seit nunmehr über 60 Jahren Kommunist und Gewerkschafter. Unbestechlich und stets für die Interessen seiner Kollegen bei den Stadtwerken eintretend, wurde er zum Personalrat gewählt. Über viele Jahre war er dessen Vorsitzender. Selbstverständlich musste er unter antikommunistischer Verfolgung durch das Adenauer-Regime leiden – seine Gesinnung konnte ihm niemand rauben. Gemeinsam mit Ria Deeg vertrat er die KPD im Stadtparlament nach der Befreiung vom Faschismus. 1956 wurde die KPD verboten durch jene Justiz, deren Richter schon in der Nazizeit dem Führer huldigten. Anton Kaiser musste illegal arbeiten. Bei der Gründung der DKP 1968 war Anton neben Ria und Walter Deeg, Hans Weiß, Henrichs und anderen sofort dabei. Bis ins hohe Alter war er immer bereit und als Kommunist aktiv in der Friedens- und Arbeiterbewegung. Genosse Anton Kaiser ist bis heute seiner Partei treu geblieben.



Zur einer lieb gestalteten Feier hatte seine Familie im kleinen Kreis im Johannesstift eingeladen. Die Glückwünsche der DKP überbrachten Erika und Michael Beltz.

Skandal: Friedensnobelpreis für Obama

In seinem Testament hat Alfred Nobel die Kriterien zur Verleihung des Preises festgelegt. Es gibt 2 allgemeine Merkmale, die für alle fünf Preise gelten: „... die im vergangenen Jahr ...“ „der Menschheit den größten Nutzen erbracht haben“ und 4 Merkmale, die besonders auf den Friedenspreis zutreffen: „Verbrüderung der Völker“ - „Abschaffung oder Verminderung stehender Heere“ - „Hinwirken auf das Abhalten oder die Förderung von Friedenskongressen“ - „Verfechter des Friedens“. - Selbst mit einer weiten zeitgenössischen Auslegung von Nobels Worten von 1895 hat Präsident Obama keines dieser Kriterien erfüllt - obgleich er viele ausgesuchte, visionäre Worte darüber gefunden hat, wie „wir“ alle handeln sollten. Die US-Präsenz im Irak hat er nicht wesentlich reduziert, die in Afghanistan dagegen spürbar gesteigert. Seine Regierung hat den Plan eines Raketenab-

wehrrsystems in Europa... nicht aufgegeben, stattdessen erklärt sein Verteidigungsminister wortreich, der neue Plan sei um vieles besser... Obama hat keine sichtbaren Schritte unternommen, um seine Armee zu verkleinern; stattdessen wurde deren Haushalt gegenüber Bush sogar erhöht. Hat er zur Verbrüderung der Nationen beigetragen? Möglicherweise, aber nicht halb so viel wie viele andere, eingeschlossen die Friedensbewegungen.. Das Nobelpreiskomitee hat es einmal mehr versäumt, Nobels Willen zu achten. Wieder einmal hat diese Gruppe von Politikern im Ruhestand gezeigt, dass sie keine Vorstellung von dem hat, was Frieden ist. Sie haben wieder einen vom eigenen Stamm ausgezeichnet: Einen Politiker und damit eine Regierung (die des militaristischsten Landes der Erde). Was für eine politische Dummheit, ihm den Preis jetzt zuzuerkennen, statt zu



Probexemplar bzw. 10 Wochen gratis-Abo (endet automatisch):

**UZ-Unsere Zeit, Hoffnungstr. 18,
45127 Essen, tel 0201-2486482,
E-mail: UZAbo@t-online.de
www.unsere-zeit.de**

warten, ob er TUT was er verspricht!...
Jan Oberg, Leiter des Friedensforschungsinstituts TFF in Schweden,
www.internationalpeaceandconflict.org
(aus: UZ, Zeitung der DKP, vom 16.10.09)

Desertec – mehr als Strom aus der Wüste

„Was steckt also hinter den Plänen?“ fragten wir im August-Echo, weil in allen Medienberichten über das Projekt, sonnenbeheizte Thermokraftwerke in der Sahara zu errichten, der Kühlwasserbedarf dieser Anlagen nicht einmal erwähnt wurde. Hier ist die Antwort: Nach Aussage des Desertec-Sprechers M. Straub sollen die Kraftwerke mit herangeführtem Meerwasser gekühlt werden. Es soll entsalzt und in Trinkwasser verwandelt werden. Pro 250 Megawatt werden pro Tag 100 000 m³ Wasser gebraucht. Das ist

etwa 10 mal soviel Trinkwasser, wie alle Gießener Privathaushalte pro Tag verbrauchen. Insgesamt sollen 400 solche Anlagen entstehen. Die dabei verwendeten 40 Mio. m³ Wasser sind genug für den privaten Trinkwasserverbrauch von 300 Millionen Menschen (bei dem in Deutschland üblichen Verbrauch). Soviel Menschen gibt es in der vorgesehenen Region überhaupt nicht. Um wirtschaftlich zu arbeiten – das Wasser stellt einen erheblichen Teil der Wertschöpfung der Anlagen dar – müßten also zahlungskräftige

Abnehmer gefunden werden, Industrie, Landwirtschaft, Tourismusanlagen o.ä.. Die Umleitung solcher Wassermassen entspricht der Umleitung großer Flüsse und hätte erhebliche Auswirkungen, sie bedeutet eine Umgestaltung der gesamten Region. Sowa verlangt natürlich eine gründliche Untersuchung aller Auswirkungen auf die Menschen und die Natur; hierzulande nennt man das Umweltverträglichkeitsprüfung. Die Investoren haben das Projekt vorgestellt, ohne auf das tatsächliche Ausmaß des Vorhabens auch nur einzugehen – als sei das Kolonialzeitalter nicht längst vorbei. G.Linhart

Leserbriefe

Schlechte Noten für Pflegeheime

Mir fehlt jegliches Verständnis, wenn in den bürgerlichen Medien suggeriert wird, dass es um unsere Alten- und Pflegeheime gut bestellt sei. Man kann auch nach dem Ergebnis der Studie des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen zu dem entgegengesetzten Schluss kommen, nämlich, dass dort erhebliche Mängel bestehen, denn 17% der geprüften Einrichtungen wiesen bei der pflegerischen und medizinischen Versorgung Defizite auf. Im Umgang mit Demenzkranken erhielten sogar 21% der Häuser schlechte Noten. K. Venohr

Betr.: Politische Justiz in den USA

Im Internet lese ich das Gießener Echo ziemlich regelmäßig und finde es auch informativ und abwechslungsreich. Die Intention des o.a. Artikels ist mir aber nicht schlüssig. Warum wurde so weit ausgeholt und nicht der Schwerpunkt auf die notwendige konkrete Solidarität JETZT gelegt? Abgesehen von dem Fehler bzgl. Angela Davis: sie war wegen Beihilfe zu Mord verhaftet, ihr drohte deswegen die Todesstrafe - und nicht wegen „Unterstützung von Terrorismus“. Diese Gummi-Konstruktion gab es damals noch gar nicht. Frauke Weber

Kriegsgewinnler

Die Rüstungs- und Stahlbarone Thyssen-Krupp trennen sich von ihren Kapazitäten für den zivilen Schiffbau. Gegen das Votum des Betriebsrates, dessen Plädoyer vom Konzern überstimmt wurde, werden Hunderte Arbeitsplätze vernichtet. Mit Unterstützung der Bundesregierung wird sich auch Thyssen-Krupp wie schon vor den beiden Weltkriegen voll auf den Bau von Kriegsschiffen konzentrieren. Unter der neuen CDU-FDP Regierung ist noch Schlimmeres an Kriegsvorbereitung und Arbeitsplatzabbau zu erwarten! Daher stehen wir für eine Konversion hin zu ziviler und nachhaltiger Produktion, die nach älteren und jüngeren Untersuchungen (vergl. Professor Dr. Huffs Schmid von der Universität Bremen) vier bis sechs Mal soviel sinnvolle und qualifizierte Arbeitsplätze schaffen. Uwe Bossart

**Wir freuen uns über jede
Leserzuschrift, aber bitten
dringend darum, sich kurz
zu fassen.**

Die Lehman-Legende: Immernoch wird an der Legende gestrickt, dass der Bankrott von Lehman Brothers (LB) eine Wirtschaftskrise ohne Beispiel ausgelöst habe. Unsinn, denn die meisten deutschen Finanzhäuser gerieten schon viel früher in die Schieflage, was die Politiker genau wussten und es noch beförderten. 2007: Zusammenbruch der privaten Industriekreditbank. Lange vor dem Ende von LB wurde sie mit staatlichen Milliarden gerettet. Die Entwicklung der Aktienmärkte ist seit 1982 alles andere als ein Abbild realer Vorgänge: hoch spekulativ, absurde Kurssprünge nach unten und oben, was vielen Menschen hohe Verluste einbrachte und Finanzinstitute in Schwierigkeiten brachte. Die Krise der Hypovereinsbank, bedingt durch Fehlspekulationen mit Hypotheken in Ostdeutschland. Vertreter der damaligen Bundesregierung einschließlich Kanzler Schröder trafen sich am 16.2.03 mit den Spitzen der Finanzwirtschaft. Schon damals wurde die Gründung einer Bad-Bank mit staatlicher Stützung gefordert. Nachdem dies bekannt wurde, ließ man den Vorschlag offiziell fallen. Aber sie können uns erzählen, was sie wollen. Wir sehen es mit eigenen Augen und erleben es mit: Millionen Menschen sind arbeitslos. Millionen Menschen konnten schon vor der Krise mit dem von ihnen verdienten Geld ihre Familie nicht versorgen. Unsere Eltern und Großeltern verdursteten oder liegen in nassen Pampers in Altersheimen, weil dort gespart wird. Viele Jugendliche haben nach wie vor keine beruflichen Perspektiven. Dafür gibt es ganz andere Gründe; mit 'Finanzkrise' hat das nichts zu tun. B.N.



Sie wollen Mumia umbringen Gemeinsam

können wir das verhindern.

„Mumia 3 + 12“ – dezentraler Aktionstag am 3. Tag nach Bekanntgabe eines Hinrichtungsbefehls. Bundesweite Demonstration zur US-Botschaft am letzten Samstag vor geplanter Hinrichtung!

Bereitet die Notfallproteste vor!

Achtet auf Ankündigungen!

www.rote-hilfe.de

www.mumia-soli-muenchen.tk

www.mumia-hoerbuch.de

Hunger in Guatemala: Guatemalas Regierung hat den Hungersnotstand ausgerufen! Präsident Colom erklärte in einer Fernsehansprache, das zentralamerikanische Land erhalte dadurch besseren Zugang zu internationalen Hilfsleistungen. Als Grund für die „historische“ Tragödie nannte er die durch die Klimakatastrophe verursachte Trockenheit. Die größte Ureinwohnerorganisation des Landes „Conic“ machte hingegen die Biospritproduktion dafür verantwortlich. Ganze Dorfgemeinschaften würden vertrieben, um Platz zum Anbau von Palmöl und Zuckerrohr zu schaffen. Nach Angaben der Regierung leiden derzeit 54.000 Familien in ländlichen Gebieten Hunger, weitere 400.000 seien davon bedroht. Die Regierung räumte ein, mindestens 462 Menschen seien in diesem Jahr verhungert, darunter 54 Kinder. Nach Angaben des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen, UNICEF, ist in Guatemala durch den Imperialismus jedes zweite Kind unterernährt. Vor allem Maya-Familien sind von der Hungersnot betroffen. Guatemala wird neo-liberal regiert und ist eher auf die USA ausgerichtet. Das hindert Präsident Colom nicht daran, gelegentlich mal populistisch links zu blinken. Die GenossenInnen von der kleinen PGT stehen jedenfalls in scharfer Opposition zu Colom. PGT bedeutet auf spanisch „Partido Guatemalteco del trabajo“ Sie ist kommunistisch orientiert und kämpft auch aus dem Untergrund. Wie entgegnete Cubas Fidel dem heuchlerischem Neo-Liberalismus: „Sozialismus bedeutet eine gute geplante und gerechte Wirtschaftsordnung.“ Falk Moldenhauer

**Redaktionsschluß für das
Dezember-Echo: 26.11.09**

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, Erscheinungsweise: monatlich. Bezugsgebühren: 15 € im Jahr (inkl. Versandkosten), erm. 10 € Kto.Nr: 193070 bei Sparkasse Gießen, BLZ 51350025. Eigendruck. Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, Telefon/Fax 0641/2503430. E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: <http://www.dkp-giessen.de> <http://www.dkp-hessen.de>



Zum 9. November 2009

„Die große Zahl von Arabern und Türken in dieser Stadt (Berlin) hat keine produktive Funktion außer für den Obst und Gemüsehandel.“ 51% der Deutschen stimmten Sarrazin (SPD) mit der Aussage zu, dass ein Großteil der arabischen und türkischen Einwanderer „weder integrationswillig noch integrationsfähig“ sei. (Umfrage - für Bild am Sonntag(!) - des Meinungsforschungsinstituts Emnid) Da ist wohl in der Welt des Rassisten Sarrazin wieder einmal eine Reinigung am deutschen Volkskörper nötig. Waren nicht damals auch die Juden nur Händler und für anständige deutsche Wertarbeit wie KZ-Bauten oder Zyklon B ungeeignet? Anfang Oktober sagte auf einer Pressekonferenz der Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland, Stephan Kramer: „Ich habe den Eindruck, dass Herr Sarrazin mit seinem Gedankengut Göring, Goebbels und Hitler eine große Ehre erweist. Er steht in geistiger Reihe mit den Herren.“

Dass dieser Rechtsradikale von 2002

bis April 2009 Finanzsenator im „rot-roten“ Senat in Berlin war und seine rassistischen Sprüche wohl weniger aufgefallen waren als seine Diffamierung von Hartz-IV-Empfängern, erscheint nicht verwunderlich.

Schon andere Nazis haben diesen Staat mit aufgebaut. Globke, Vialon, Oberländer, Filbinger, Kiesingernebst Tausenden Juristen und weiteren Beamten. Auch in jüngster Zeit wird das Schicksal industriell ermordeter Juden für schmutzige Machtspiele und Hetze benutzt.

Josef Fischer rief „Auschwitz darf sich nicht wiederholen“, um erstmals nach 1945 dazu beizutragen, von deutschem Boden wieder einen Krieg zu beginnen. Roland Koch sprach von „jüdischen Vermächtnissen“, um eine Schwarzgeldaffäre zu vertuschen.

Warum also nicht Sarrazin?

Die deutsche Volksgemeinschaft jammert: Man darf nicht einmal die Wahrheit sagen. (Matthias Beltz: Ich mag keine Ausländer – aber ich mag auch keine Deutschen). Michael Beltz

9. November 1989

Zu diesem Jahrestag des „Mauerfalls“ werden wieder kübelweise Lügen und Verleumdungen über die DDR ausgegossen. Vorreiter in dieser Hetzkampagne war bereits im Oktober Bundespräsident Horst Köhler. Er sagte am 9.10.09 in einer Festansprache in Leipzig: „Vor der Stadt standen Panzer, die Bezirkspolizei hatte Anweisung, auf Befehl ohne Rücksicht zu schießen. Die Herzchirurgen der Karl-Marx-Universität wurden in der Behandlung von Schußwunden unterwiesen, und in der Leipziger Stadthalle wurden Blutplasma und Leichensäcke bereitgelegt.“

Diese Aussage ist von A bis Z erstunken und erlogen, was sogar in den Medien als „so nicht bekannt“ eingeräumt werden mußte. Selbst Springers „Welt“ gestand (am 13.10.09) ein, „daß sich einzelne Angaben auf unzuverlässige Quellen stützen“.

Und welche Quellen sind das? Es ist der Dresdner „Totalitarismusforscher“ und Mitarbeiter des Hannah-Arendt-Institutes Michael Richter, der diese Lügen in seinem Buch „Die friedliche Revolution“ aufgebracht hat. Und solche Leute werden (wie auch in Hessen die Geschichtsklitterin Jutta Fleck, s. Echo 10/09) auf Kinder und Jugendliche losgelassen, um über das „DDR-Unrecht“ zu faseln.

Der Sinn und Zweck solcher Lügen ist klar: Diffamierung und Delegitimierung der DDR und damit jeder sozialistischen Alternative im Dienst der brutalen Ausbeutung durch das Kapital. E.B.

Diskussionsveranstaltung der DKP Der Islam - Gefahr für uns?

Referent: **Klaus Hartmann**

Vorsitzender des Deutschen Freidenkerverbandes
am **Mittwoch, dem 18. November um 19.30 Uhr**
im **Versailles-Zimmer der Kongreßhalle**

17. November: Bundesweiter Bildungstreik

Wiesbaden: 11.30 Uhr Lehrerstreik-Demo, zu der auch der AStA aufruft (die GEW organisiert einen Bus nach Wiesbaden, Abfahrt 10 Uhr, Anmeldung erforderlich) - **für die Forderungen:** Rücknahme der letzten Pflichtstundenerhöhung! 10.000 zusätzliche Deputatsstunden für die Schulen! Übernahme der Arbeitszeitverkürzung aus dem Tarifvertrag

Frankfurt: 8.00 Uhr: Bildungstreik-Demo **für die Forderungen:** Mehr Lehrer – kleinere Klassen! Für Demokratie und Mitbestimmung – weg mit willkürlichen Verboten! Weg mit G8 und zentralen Prüfungen – Schluss mit dem Leistungsdruck! Bahn und Bus – kostenlos! Für ein kostenloses Schülerticket! Eine Schule für alle – weg mit dem 3-gliedrigem Schulsystem

Umsonst-Tag

Samstag, 14.11.2009, ab 15 Uhr,
Café Toller, Ernst-Toller-Weg 3
zu erreichen über Grünberger Str., auf Höhe der Hausnr. 142 auf der Strassenseite gegenüber, Bushaltestelle

Programm: ab 15.30: Kaffee und Kuchen, ab 16.00: Autorenlesung, ab 17.00: Modenschau, ab 18.30: lecker essen, ab 20 Uhr: hausgemachte Musik

DKP-Termine

Die nächste öffentliche Mitgliederversammlung der DKP ist am Mittwoch, dem 2. Dezember, um 19.30 Uhr im Versailles-Zimmer der Kongreßhalle.

**Jeden Montag,
18 bis 19 Uhr**

bei den 3 Schwätzern:

**Protest gegen
Hartz IV**